III. Die Herausforderung des Nationalsozialismus und die Appeasement-Politik

Gustav Schmidt

Weltmachtrolle und Sicherheitspartnerschaft: Die britische Appeasement-Politik im Widerstreit von Selbstbehauptung und Selbstbindung an Frankreich*

Licht- und Schattenseiten der *Global-Power*-Position:

Die objektiven Anhaltspunkte für Großbritanniens Position als Weltmacht, als ein „Pol“ im Gefüge der internationalen Staaten- und Wirtschaftsbeziehungen, waren in den 1930er Jahren weiterhin gegeben:

- a) Flottenstärke;
- b) interne Finanzkraft und Kreditwürdigkeit;
- c) Schaltzentrale des Sterling-Blocks und Drehscheibe des *Imperial Preference* Systems;
- d) Präsenz an den Knotenpunkten der Welthandelswege;
- e) Waffenschmiede einer Anti-Hegemonial-Allianz.

Nur der sechste Sinn für politische Klugheit/*good diplomacy* schien abhanden gekommen¹.

Die Position Großbritanniens im Machtgefüge der 1930er Jahre wurde unterschiedlich perzipiert. Die *Anti-Appeaser*, aber auch die pro-britischen Kräfte im Ausland, sahen in der Arrondierung des Macht- und Einflußbereichs im Nahen/ Mittleren Osten und in Ostafrika (entlang der Wege nach Indien) nach dem Ersten

* Das Manuskript wurde im Dezember 1997 abgeschlossen.

¹ Die *Anti-Appeaser*, von den Regierungschefs MacDonald, Baldwin und N. Chamberlain bewußt von den politischen Korridoren der Macht in Whitehall ferngehalten, behaupteten, die „Erbweisheit(en)“ gepachtet zu haben.

Weltkrieg und in der Konsolidierung des Handels- und Währungs-Netzwerkes (Sterling-Block und Ottawa-System) nach der Weltwirtschaftskrise eine gute Grundlage für die Annahme, daß London nur ein Signal setzen müsse, um den Aggressoren Einhalt zu gebieten. Dem *give a lead*-Postulat der Anti-Appeaser setzten die von den Konservativen dominierten Koalitionsregierungen ein Warnsignal entgegen; für sie war die Situation Großbritanniens grundsätzlich prekär (*over-commitment*). Die Amtsträger gingen in der Phase der Wiederauf- und Umrüstung (nach 1932) davon aus, daß Großbritannien einer aufeinanderfolgenden oder gar zeitgleichen, geschweige denn koordinierten Herausforderung durch Japan, Italien und das Dritte Reich nicht gewachsen wäre², es sei denn, der unwahrscheinliche Fall trete ein, daß die anderen beiden Pole, die USA und die UdSSR, einen dieser drei Gegner von Großbritannien abzögen³. Die französische Karte galt in diesem Zusammenhang nicht viel, da Frankreich sich aufgrund seiner militärischen Planung für den Ernstfall weder mit Italien anlegen noch Entlastung im Fernen Osten schaffen könne. Um für den Ernstfall eines Krieges mit Hitler-Deutschland besser gewappnet zu sein, dachten alle Wortführer in der inner-britischen Debatte an Appeasement – Japans, Italiens oder/und Deutschlands⁴. Man war sich in dem Punkte einig, daß Großbritannien nicht die Substanz einer Hegemonialmacht hatte, die mit einem Zwei-und-einhalb-Krieg-Bedrohungsszenario leben könne⁵.

² „It is beyond the resources of this country to make proper provision in peace for the defence of the British Empire against three major powers in three different theatres of war“, Sir Thomas Inskip, 8. Februar 1938, CP 24 (38), CAB. 24–274; cf. *Michael Howard*, *British Military Preparations for the Second World War*, in: *David N. Dicks*, *Retreat from Power. Studies in Britain's Foreign Policy of the Twentieth Century*, Bd. 1 (London 1981) 107.

³ Auf die Verdächtigungen, daß die USA vom Raubbau an den Kräften Großbritanniens profitieren wollten oder daß Stalin entsprechend der bolschewistischen Ideologie auf die ‚Selbsterfleischung‘ der kapitalistischen Länder hoffte, sowie auf Thesen, daß weder Amerika noch Rußland offensive Kriegshandlungen hätten unterstützen können, ist hier nicht einzugehen. Ich verweise auf meine Abhandlung, *England in der Krise. Grundlagen und Grundzüge der britischen Appeasement-Politik, 1930–1937* (Opladen 1981).

⁴ Die Motivation ist vielschichtig. Neben der Vorstellung, ‚Zeit zu gewinnen‘ und Hitler durch Konzessionen hinhalten zu können, kam vor allem die Tradition ins Spiel, einer Konfrontation mit Hilfe von Vereinbarungen über Einflußzonen auszuweichen. Auch wenn man sich für die These, London habe einen Tausch „£-Block und Commonwealth“ gegen „freie Hand für Hitler in Osteuropa“ angestrebt, auf einflußreich positionierte Kronzeugen beziehen kann, so gilt sie nicht einmal für die sog. *economic appeaser*. Zwar entschloß man sich erst 1939 – und dann überstürzt –, Garantien für die Integrität der Nationalstaaten zu geben, doch sind die Gründe für das Zögern kein Indiz für die „freie Hand im Osten“-These.

⁵ Solange die Weltmachtrolle in der britischen Außenpolitik Vorrang hatte, – oder umgekehrt: solange die Gefahr vor der eigenen Haustür noch nicht so groß schien, daß sich die britische Politik zur Stützung des unverzichtbaren ‚Verbündeten‘ Frankreich gezwungen sah –, bewegte sich die britische Politik zwischen zwei Fixpunkten. Politische Richtlinien setzten zum einen fest, daß die Möglichkeit eines Krieges mit den Dominions, den USA und Frankreich in den Planungen unberücksichtigt bleiben sollte; dennoch glaubte man nicht daran, aus dieser Ecke positive Zeichen für „Widerstand gegen den deutschen Aggressor“ zu erhalten. Auf der anderen Seite definierten die Richtlinien, wer als potentieller Feind zu gelten habe: Japan, Italien, Deutschland; doch ging man davon aus, daß man Italien oder Japan

Legt man als Maßstab die Reaktion auf die Aufrüstung des Hitler-Reiches an, so erweckte die britische Politik sogar zunehmend – bis zur Wende im Februar/März 1939 – den Eindruck, als ob nicht einmal die Kombination Großbritannien-Frankreich der „deutschen Gefahr“ standhalten könne; aus selbsterzeugter Angst, d.h. Überschätzung des deutschen militärischen Potentials, hielt London eher Paris in seiner Haltung gegenüber dem deutschen Herausforderer in Schach statt gemeinsam Berlin „Halt“ zu gebieten. In der Vorstellung befangen, eine Durststrecke zu durchlaufen, wehrten sich die hohen Militärs gegen einen verfrühten Einsatz der auf- bzw. umgerüsteten Streitkräfte; die Diplomatie erhielt den Auftrag, jegliche Eskalation von Spannungen zu vermeiden. Mit der Suche nach Verbündeten wollte Frankreich die Rückstände in den Streitkräftenstrukturen überbrücken; London widersetzte sich dem Ansinnen, eine Figur neben anderen auf dem Schachbrett französischer Sicherheitspolitik zu sein. Die britische Diplomatie sollte den Zeitraum bis 1939 sichern, den das Militär und die Rüstungsindustrie für die Indienstellung der *deterrent force*, der Bombergeschwader, benötigte. Doch auf halber Strecke (1937/8) warf die britische Rüstungspolitik – z.T. dank technologischer Fortschritte auf anderen Sektoren der Aufrüstung⁶ – das Ruder herum und setzte auf Luftabwehr. Ausgerechnet in der Phase, in der die Ausstattung der französischen Luftstreitkräfte im Argen lag und in der Hitlers aggressiver Revisionismus den von Frankreich aufgebauten Cordon Sanitaire zerstörte, entzog die britische Regierung der Offensiv-Fähigkeit des *deterrent* die Priorität im Rüstungswettlauf. Während die Umrüstung auf Defensivsysteme den Briten das Gefühl gab, ihr Heimatgebiet könnte ein Sanktuarium werden, bestand keinerlei Aussicht, daß Großbritannien andere Partner, wie z.B. Frankreich, mit den neuen Waffensystemen hätte bedienen können. Wären die britischen und die französischen Machteliten überzeugt gewesen, daß ihr Land eine Machtprobe mit dem Dritten Reich, also eine Präventivaktion, durchstehen könnte, wäre die Geschichte sicher anders verlaufen. Fest stand für Frankreich, daß es einen Krieg nicht ohne Großbritannien als Alliierten gewinnen könne⁷, und für Großbritannien, daß eine erfolgreiche Selbstbehauptung voraussetze, daß der deutsche Angreifer sich nicht entlang des Ärmelkanals in Position bringen dürfe. Die Frage ist, was beide westeuropäischen Mächte hätten erreichen können, wenn sie zur gleichen Zeit im gleichen Spiel zum gleichen Zweck, nämlich gegen den Angriff des nationalsozialistischen Deutschland auf die Grundstrukturen der europäischen Friedensordnung⁸, angetreten wären.

so beeinflussen könne, daß Deutschland im europäischen Bereich keine Gelegenheit erhalten würde, von Verwicklungen Großbritanniens an anderen Fronten zu profitieren; solange London den Draht nach Berlin pflegte, würden umgekehrt weder Italien noch Japan die Chance erhalten, eine britische Verwicklung in europäischen Konflikten für Akquisitionen auf Kosten britischer Übersee-Interessen auszuschlachten.

⁶ So wurden Radar und *fighter aircraft* (*Hurricane*, *Spitfire*) serienproduktreif; die Abstimmung zwischen beiden ‚Techniken‘ bedurfte weiterer Erfahrungen und verbesserten Informationsaustausches.

⁷ R. D. Challenger, *The French Theory of the Nation in Arms, 1866–1939* (New York 1955).

⁸ Die Vorstellung vom ‚Defence Perimeter‘ beschränkte sich auf die Einflussszonen der vier

Daß dem nicht so war, ist als bekannt vorauszusetzen. Das Dritte Reich konnte in kriegsähnlicher Manier Frankreich aus Positionen vertreiben, ohne schießen zu müssen, weil sowohl Frankreich als auch Großbritannien das Risiko einer Rettung der strukturellen Macht scheuten. Ursachen und Folgen sind ebenfalls wiederholt konstatiert worden. „When Hitler marched troops into the (demilitarized) zone (of the Rhineland), he was aware that mere denunciation of the ‚unequal‘ Treaty was not enough. The show of force was necessary to demonstrate the weakness of the structure and to add to it. ... Differences in the perception of the problem and in beliefs about what to do about it robbed former allies of structural power in matters of security. Their inaction in 1936 enhanced Hitler’s perception of their lack of will to resist and allowed him far more important military victories in Austria and Czechoslovakia at relatively low cost.“⁹

Aus dem Vergleich mit Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg läßt sich eine analytische Kategorie gewinnen, die uns helfen kann, die Defekte des internationalen Systems der Zeit zwischen den Weltkriegen genauer zu markieren – die Konzeption des *win-set*¹⁰. Auf den Fall friedensbewahrender Aktionen in den Jahren 1932–38 abgewandelt, sähe ein *win-set* etwa wie folgt aus:

1) Jeder Partner bringt seine „Position der Stärke“ ein, d. h. Frankreich gewährleistet Sicherheit gegen Angriff zu Lande, Großbritannien Abschreckung durch Bomber-Offensiv-Potential;

2) indem jeder Partner jenen Sicherheitsbeitrag leistet, wie ihn der andere in seiner Planung für den Ernstfall voraussetzt, ohne diesen ausdrücklich als Bündnispflicht zu verlangen, erhöht sich auf Seiten der Beteiligten die innenpolitische Akzeptanz der jeweiligen rüstungspolitischen Priorität;

3) außenpolitisch kommt es zu *re-assurance*, sofern die Partner einander die Möglichkeit einer *control* über die zentrale Ressource zugestehen, im vorliegen-

‚Westmächte‘: Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland. Zur legitimen Staatenordnung gehörte nicht wie selbstverständlich die Sowjetunion, da man annahm, daß die UdSSR selbst revisionistisch sei – aufgrund territorialer Ansprüche gegenüber einigen Nachfolgestaaten und gegenüber der Türkei oder gar wegen des Strebens nach Vorherrschaft über den Kontinent. Daß man die Sowjetunion in den Völkerbund einbinden wollte und daß man sie brauchte, um die Sicherheitsgarantie für die Tschechoslowakei einzulösen, hing mit der Befürchtung vor einem deutsch-sowjetischen ‚Teufelspakt‘ zusammen; die „Westbindung“ der UdSSR galt als diplomatischer Präventivschlag zur Verhinderung eines „Rapallo plus“.

⁹ Susan Strange, *States and Markets* (London 1982) 33.

¹⁰ „Win-set“ ist eine Fortführung des von Robert D. Putnam entwickelten „two-level game“-Konzeptes. Robert D. Putnam, *Diplomacy and domestic politics: The logic of two-level games*, in: IO 42 (1988) 427–460; Peter Evans, Harold Jacobson, Robert D. Putnam (eds.), *Double-edged diplomacy: International bargaining and domestic politics* (Berkeley 1993); Lee Ann Patterson, *Agricultural reform in the European Community: a three-level game analysis*, in: IO 51 (1997) 141 ff.: „What happens at one level of the negotiation (d. h. auf der nationalen Ebene) reverberates at the other (d. h. international). This reverberation means that strategies and outcomes at different levels of the game simultaneously affect one another. ... if international pressures reverberate within domestic politics, or if issues can be linked synergistically, then domestic outcomes are not exogenous and the two levels cannot be modeled independently.“ (142).

den Fall durch Stabsgespräche. Eine solche Konstellation wäre geeignet gewesen, den Willen der Westmächte zur Verteidigung der Sicherheit in Europa überzeugend zu demonstrieren.

An faktischen Anhaltspunkten in dieser Richtung fehlt es nicht; so hat ein Gewährsträger Außenminister Flandins, der Abgeordnete Pierre Viénot, bestimmten britischen Entscheidungsträgern vor dem Londoner „Gipfeltreffen“ Anfang 1935 Mittel (Luftpakt- als Deckmantel für Stabsgespräche) und Wege (transgouvernementale Koalitionsbildung) gezeigt, wie in beiden Ländern eine Politik wechselseitiger Rückversicherung verankert werden könne¹¹, die dann zugleich tragfähig genug sei, um Deutschland auf ein *general settlement* anzusprechen, gleichsam ein *Appeasement im Duett*. „Flandin would find it possible to deal with his opponents if Britain proposed to satisfy French security needs without being asked to do so. Flandin could then similarly volunteer concessions to British views.“¹² Nach dramatischen Verhandlungen zwischen und innerhalb beider Delegationen kam es zwar im Londoner Communiqué zur Vereinbarung eines Kompromiß-Kurses, doch waren die Unterlegenen so gut im innerstaatlichen Machtgefüge positioniert, daß sie anschließend nur die ihnen genehme Lesart als verbindlich ausgaben und den Kompromiß durch Handlungen kompromittierten: Paris (Laval) durch seine Italien- und irreführend-halbherzige Rußland-Politik, London durch das Flottenabkommen und die der deutschen Seite signalisierte Bereitschaft, die demilitarisierte Rheinzone gegen ein Luft-Locarno einzutauschen. Als generelle Folgerung daraus ergibt sich, daß dilatorische Formelkompromisse wirkungslos bleiben, wenn die Haupt-Akteure gleichsam nur zum Schlagabtausch (Konferenz der Regierungschefs) zusammenkommen, die eigentliche Politik aber im Bannkreis jener Kräftegruppierungen verbleibt, die primär darauf aus sind, Gewinn-Chancen für das eigene Land – und ggf. im Alleingang – mitzunehmen.

Es liegen viele Antworten auf die Frage vor, warum London und Paris zögerten, entsprechend dem auf beiden Seiten vorhandenen Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft zu handeln. Dazu gehören die Langzeitwirkung der Erfahrungen mit der Blockpolitik vor 1914 und das Trauma des Ersten Weltkriegs, aber auch die Unterschiede hinsichtlich der wirtschaftlich-finanziellen und politischen Situation, in der sich die britischen und die französischen Regierungen in den Jahren 1932/33 bis 1939/40 befanden. Die folgenden Ausführungen sollen sich auf zwei Aspekte¹³ konzentrieren:

I. War Großbritannien, ein „Pol“ im Machtgefüge der 1930er Jahre, fähig und willens zur Aufrechterhaltung der „strukturellen Macht“ (Strange) und zur Stützung Dritter gegen Angriffe auf die europäische Friedensordnung?

II. Einmal vorausgesetzt, daß Frankreich als *frontline*-Staat der europäischen Friedensordnung dem deutschen Druck nicht aus eigener Kraft standhalten

¹¹ Nicholas Rostow, *Anglo-French Relations 1934–36* (London 1984) 84 ff.

¹² Rostow, ebda. 84/85.

¹³ Die beiden Punkte werden in der Darstellung auseinandergehalten; bestimmte „Tatsachen“ müssen unter beiden Aspekten abgehandelt werden, so daß Wiederholungen – allerdings auf einer anderen, analytischen Ebene – erforderlich sind.

konnte¹⁴, war dann Großbritanniens Verhalten gegenüber dem Schicksalspartner Frankreich so nachteilig bzw. schwächlich, daß die britische Politik nicht als Gegenmacht-Bildung zum deutschen Auftrumpfen in Europa interpretiert werden kann¹⁵? Die Verteidigung des Großmachtstatus Frankreichs gegenüber Deutschland hatte in Großbritannien als Verteidigung der britischen Position in Europa gegolten, denn bei einem Ausfall Frankreichs würde London seinen Einfluß auf dem Kontinent nicht wahren können. In London erkannte man auch in den 1930er Jahren sehr wohl, worauf es ankam: „London could change the terms in which Paris viewed French national security, if the British government should unequivocally guarantee the territorial order.“¹⁶ In welchen Hinsichten und zu welchen Zeitpunkten¹⁷ hat Großbritannien *essentials* der französischen „Sicherheit-für-Europa“-Politik aufs Spiel gesetzt, d.h. nicht nur die fragwürdigen außenpolitischen Manöver des französischen Partners durchkreuzt¹⁸, sondern auch

¹⁴ Die französischen Machteliten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – meinten, „äußere“ Alliierte müßten „innere Schwächen“ Frankreichs kompensieren, um die Versailler Vertragsordnung aufrechtzuerhalten. Insbesondere nach 1934 bestand keine innenpolitische Basis für eine „Vorwärtsstrategie“; ebenso fehlte es am „richtigen“ militärischen *back-up* für die offensive Unterstützung der Bündnisdiplomatie. Diese Diskrepanz fiel den Vertragspartnern Frankreichs in Mittel- und Osteuropa auf, die daraus ihre eigenen Schlüsse zogen. Die östlichen Verbündeten waren nicht nur untereinander zerstritten, sondern hatten – neben und z.T. „akut“ auch noch vor Deutschland – andere „Feinde“ unter ihren Nachbarn im Visier.

¹⁵ Robert G. Kaufman, To Balance or to Bandwagon? Alignment decisions in 1930s Europe, in: Security Studies 1 (1992) 417–447; Randall Schweller, Tripolarity and the Second World War, in: International Studies Quarterly 37 (1993) 73–103; Thomas J. Christensen, Perceptions and Alliances in Europe, 1865–1940, in: IO 51 (1997) 84ff.

¹⁶ Rostow, 15, cf. 21, 52, u. a. O.

¹⁷ Die Chiefs of Staff hatten gegenüber dem Kabinett im Juni 1926 den Vorrang von *imperial defence*-Aufgaben postuliert; „so far as commitments on the Continent are concerned, the services can only take note of them“ (d.h. Obligationen aufgrund des Locarno-Vertragswerks); s. Howard, Preparations, 104, cf. 108, 113. Die Interpretation der britischen und der französischen Politik gegenüber dem Dritten Reich hängt auch davon ab, wie man die „Vorbelastungen“ bewertet, ob man beispielsweise die Neuregelung der Beziehungen nach der Ruhr-Krise als Weichenstellung begreift und wie man den „Gewöhnungseffekt“ an die Restriktionen bewertet, die Frankreich auf sich nahm – so den Verzicht darauf, „flagrante“ Verletzung im Alleingang festzustellen; keine Aktion gegen einen Locarno-Verstoß ohne vorherige Konsultation mit den Garantiemächten, was im Falle eines „non-flagrant“-Verstoßes getan werden dürfe; Distanzierung von militärischen Beistandsverpflichtungen gegenüber osteuropäischen Partnern, weil Großbritannien die Intervention als ‚Aggression‘ ausgeben könnte etc. Soll man den Gewöhnungseffekt stärker gewichten als die Handlungen, mit denen Frankreich auch nach 1924/26 seine Einflußzone zu konsolidieren versuchte? Unter Nutzung seiner finanziellen und wirtschaftlichen ‚Stärke‘ hatte Frankreich sowohl britische als auch deutsche Penetrationsversuche bekämpft. Logischerweise folgt, daß Großbritannien entsprechend der relativen Verbesserung seiner Ausgangslage nach 1933 mehr zur Struktur-Sicherung hätte tun müssen, während Frankreich wegen des Vorrangs innenpolitischer Reparaturarbeiten einer Pause im außenpolitischen Engagement bedurfte.

¹⁸ Die Bemühungen Barthous und Lavals um Italien und die Sowjetunion waren untereinander schwer verträglich bzw. verlangten von den „älteren“ Bündnis- und Entente-Partnern, daß sie über ihren Schatten sprangen; außerdem waren die Gegensätze zwischen den innen-

gegen erklärten französischen Widerstand die strukturelle Macht des Sicherheitsgefüges untergraben?

I. „Pol“ im Machtgefüge?

Die Kritik an der britischen Appeasement-Politik der 1930er Jahre beruht auf der Annahme, daß die Regierungen MacDonald, Baldwin und Chamberlain mit der Tradition der *balance-of-power*-Politik gebrochen hätten. Statt eine Anti-(Hitler)-Hegemonialmacht-Front zu schmieden, habe London durch vorauseilenden Gehorsam gegenüber Hitlers Revisionszielen dafür gesorgt, daß deutsche Machtpolitik auf dem europäischen Kontinent tonangebend werden konnte. Gab es auf britischer Seite grundlegende Vorbehalte gegen eine Vorausgarantie und Vorne-Stationierung auf dem Kontinent? Warum hat Großbritannien vor 1914 und nach 1932 selbst nicht das getan, was es von den USA als europäische Sicherheitsgarantie nach 1946/47 erwartete? Gibt es europäische Sicherheit nur, wenn ein externer Pol – die USA – den Briten das deutsch-französische und das deutsch-russische Problem abnimmt? Als Kontrastfolie verwendet, können die Konstellationen „Vor 1914“ – Anschluß an Frankreichs Paktsystem – und „1947/89“ vielleicht helfen, die Signaturen der 1930er Jahre zu verdeutlichen.

1) Dem bissigen Kommentar eines englischen Historikers (Pollock, 1923) folgend, bedeutet britische Gleichgewichtspolitik: „Europe provides the balance, and Britain gets the power.“ Das Muster wurde wieder zum Leben erweckt, als die Lloyd George-Koalition im Spätsommer 1919 die *Ten Years Rule* einführte und das Kabinett Baldwin auf Drängen von Schatzkanzler Churchill die Lebensdauer dieser sicherheitsstrategischen Doktrin in eine *open end*-Zukunft verlängerte¹⁹. Die Prämisse lautete, daß Großbritannien darauf achten sollte, daß Frankreichs Vorsprung auf militärischem Gebiet gegenüber Deutschland gesichert sei, ohne daß Frankreich in deutsche Fußstapfen treten und sich als Hegemonialmacht aufführen konnte. Die *Ten-Years Rule* machte nur Sinn, solange bestimmte Vorkehrungen – d.h. Rüstungsbeschränkung Deutschlands und/oder Rüstungsvorsprung Frankreichs – *balance* im Sinne eines Guthabens auf dem Sicherheitskonto Großbritanniens gewährleisteten.

Das Sich-Verlassen auf französische Vorsorge für den Ernstfall eines Konflikts zwischen den Siegermächten und revisionistischen Regimen nahm vielfältige Formen an. Dem grundsätzlichen britischen „Ja“ zu den Schwerpunkten der französischen Verteidigungspolitik, einschließlich des Maginotwalls, stand ein ebenso aus-

politischen Stützgruppen der Italien- und der Sicherheitspaktspolitik unter Einbeziehung der Sowjetunion zu groß, um Frankreich Handlungsspielräume in den von Hitler provozierten Krisen zu eröffnen.

¹⁹ S. hierzu ausführlich meine Habilitationsschrift (Münster 1971), Politische Tradition und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Friedensstrategie 1917–1919: Grundzüge einer europäischen Nachkriegsordnung in der Sicht englischer und französischer Machteliten.

geprägter Vorbehalt gegen die französischen politisch-diplomatischen Manöver zur Bindung der östlichen Nachbarn Deutschlands an Frankreich gegenüber. Die Furcht vor deutscher Aggression, so die britische Einschätzung der Lage nach 1932/33, würde Italien, die Sowjetunion und last not least Großbritannien an die Seite Frankreichs treiben; die französische Diplomatie könne also nicht nur zwischen mehreren Optionen wählen, sondern darüber hinaus versuchen, daraus ein Stützkorsett gemeinsamer Sicherheit zu machen. Der Rechtfertigungsgrund für die britische Doppelstrategie von „Stärke durch Aufrüstung“ (*Coercion*) und „Verhandlungen mit Berlin“ (*Conciliation*) war, daß in diesem Zeitraum (1934–40) Großbritannien und weniger Frankreich²⁰ auf einen Rüstungswettlauf mit Deutschland eingerichtet war. Die Präferenz, Verhandlungen mit dem Dritten Reich zu führen, um nicht auf die Funktion als Schutzmacht Frankreichs und seiner Zweitfront-Partner festgelegt zu werden, bescherte der Appeasement-Politik ihren schlechten Ruf.

Wirklich revisionistisch war die Weichenstellung im militärstrategischen Bereich: 1932 kehrte man der *Ten-Years-Rule* den Rücken. In der Annahme, daß Großbritannien als Finanzier und Waffenschmiede einer potentiellen Gegenallianz das erste Opfer eines deutschen (Bomben-)Angriffs werden würde²¹, konzentrierte man die Wiederaufrüstung auf ‚Selbstschutz‘ (Abschreckungsmacht „Bomberflotte“); Vorsorge-Maßnahmen wie die *British Expeditionary Force* oder wenigstens Luftunterstützung für französische Verteidigungsaktionen wurden – bis zur Kehrtwende im Februar 1939 – aus dem Wortschatz der Sicherheitsstrategie verbannt. „If there were no army, no future government could send it to France.“²²

2) Die britische Politik hat auf die Situation eines *deal or duel* zwischen Deutschland und Rußland in anderen Zeiträumen immer nur mit einer Parteinahme an der Seite einer anderen Führungsmacht – Frankreich vor 1914, Vereinigte Staaten nach 1945/47 – geantwortet, sich aber nie auf Lösungen in Richtung „gemeinsame Sicherheit in Europa“ eingestellt²³. In den 1930er Jahren optierte London für Appeasement, um der anderen Option, dem Anschluß an den französisch-russischen Pakt, auszuweichen. Die britische Weigerung, sich als europäi-

²⁰ Zu den französischen Militärausgaben 1934–38 s. *Timothy J. McKeown*, *The Foreign Policy of a Declining Power*, in: IO 45 (1991) 257–279, hier: 270.

²¹ Im einzelnen s. mein *England in der Krise*. Als wichtigste Literatur zum Thema: Großbritannien als Sofort- bzw. Erstschieß-Ziel eines deutschen Angriffs, den entsprechenden Prioritäten der Wiederaufrüstungsprogramme und der Kehrtwende Anfang 1939 sind hervorzuheben: *Norman H. Gibbs*, *Grand Strategy*, vol.1: *Rearmament Policy* (London 1976); *J. R. M. Butler*, *Grand Strategy*, vol.2: *September 1939 – June 1941* (London 1957); *Wesley K. Wark*, *The Ultimate Enemy: British Intelligence and Nazi Germany, 1933–39* (Ithaca 1985) 215 ff.; *Donald C. Watt*, *How War Came: The Immediate Origins of the Second World War, 1938–39* (London 1989) Kap. VI.

²² *Rostow*, *Relations* 43 (November 1934).

²³ Die einzige Ausnahme bildet Lloyd Georges „Genua-Konferenz“-Strategie. Selbst nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes versteckt sich die britische Politik hinter den amerikanischen Kurs(wechseln) in Fragen der NATO- und EU-Osterweiterungen.

sche Macht zu engagieren, wie es die USA nach 1946/47 praktizierten, läßt Zweifel angebracht erscheinen, ob Großbritannien als Pol der europäischen Sicherheitsstruktur bezeichnet werden kann.

3) Seit der Friedensziel-Diskussion 1917/1924 richtete sich die britische Bereitschaft zum *commitment* in Fragen europäischer Friedenssicherung nach dem Maß der Unterstützungsbereitschaft der USA für Machtprojektionen Großbritanniens als *global actor*. Verkürzt formuliert: Großbritannien zeigt sich für französische Sicherheitsbelange aufgeschlossen in direkter Relation zu amerikanischen Offerenten einer funktionalen Entlastung Großbritanniens (als Melkkuh für Alliierte; als Ordnungsmacht im Mittleren/Nahen und im Fernen Osten usw.)²⁵. Weil Frankreich nicht „zuverlässig“ genug sei, d. h. nicht die Kontrolle über seine Präventivdiplomatie unter Anlehnung an östliche Partner bewahren könne, bliebe Großbritannien nur die Alternative, entweder auf rechtzeitige amerikanische Rückversicherung zu setzen oder die Regelung der Beziehungen zu Deutschland in eigene Regie zu nehmen. So gesehen, war britische Appeasement-Politik Präventivdiplomatie gegen das Projekt eines französisch-sowjetischen Patronats über die Staaten in „New Europe“/Zwischeneuropa.

4) Großbritannien war zwar an der Sicherung der Überlegenheit der eigenen Seite – der Vorzugs-/„Schicksalspartner“ Frankreich, Belgien ... – interessiert, handelte aber gleichzeitig nach der Devise, daß Verhandlungen mit dem Hauptgegner, welcher den Aufrüstungsdruck erzeuge, unumgänglich seien; um auf dem Verhandlungsweg etwas zu erreichen, müsse man dem Hauptgegner einen Preis anbieten²⁶. Dabei legte die britische Politik eine gewisse Bereitschaft an den Tag, die Interessen von Verbündeten (Frankreich nach 1933/34; Bundesrepublik nach 1956/57) zur Disposition zu stellen, selbst wenn diese unter Verweis auf ihre *Frontline*-Funktion vor einer Beschädigung gemeinsamer Sicherheitspositionen

²⁴ Unter dem Schock, daß (Sowjet-)Rußland die zweite Front gegen den gemeinsamen Gegner „deutscher Militarismus“ preisgab und als berechenbarer Faktor ausschied, erschien jeder französische Rückgriff auf einen Zweier-Pakt mit Rußland, dem Großbritannien sich würde einfügen müssen, mit dem Vorbehalt belastet, daß Berlin die Westmächte, die auf viele Dritte in Zwischeneuropa würden Rücksicht nehmen müssen, im Wettlauf um die Gunst Moskaus überholen könnte.

²⁵ Die negative Version – daß nämlich auf amerikanische Einsicht, daß Großbritannien an vorgeschobener Front amerikanische Interessen an Stabilität/Frieden und *open markets* verteidige und dafür Kompensationen erwarten dürfe, nicht zu rechnen sei – ist häufiger anzutreffen als die Feststellung, Washington habe ein gutes Zeichen gesetzt und London müsse den Faden fortspinnen; das deutlichste Beispiel für den zweiten Fall ist Edens Reaktion Ende 1937/Januar 1938 auf Roosevelts Kooperationsangebot.

²⁶ Da man die gefährdeten Unterpfänder der Nachkriegsordnung – demilitarisierte Rheinzone; Anschlußverbot – nicht würde verteidigen können, solle man versuchen, auf dem Verhandlungsweg einen Gegenwert zu erzielen, solange die Unterpfänder noch einen Preis hätten. Unter Gegenwert verstand die britische Politik, Hitler in freiwillig vereinbarte Abkommen einzubinden oder nach 1936 beim Wort zu nehmen, d. h. Nicht-Angriffsverträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn (zusätzlich zum deutsch-polnischen) zu vermitteln.

warnten; gleichzeitig beharrte Großbritannien auf Positionen, die man dem eigenen Sicherheitsglacis zurechnete²⁷.

In dieser Hinsicht verhielt sich Großbritannien wie ein Pol des Staatensystems. Mit seinen Entscheidungen veränderte Großbritannien die Rahmenbedingungen der Sicherheitspolitik. Da die Westmächte sich weder auf eine Verhinderung der Aufrüstung Deutschlands noch auf die Abrüstung Frankreichs und seiner Klientel verständigen könnten, werde, so die britische Lageeinschätzung, der Grundsatz: „Sicherheit durch Sicherung eines französischen Vorsprungs“ hinfällig. Die deutsche Politik konfrontiere Frankreich und Großbritannien mit der Alternative: Französischer Verzicht auf Sicherheit durch Rüstungsvorsprung oder ungebremster Rüstungswettlauf. Je mehr die britische Politik dazu beitrug, daß die französische Rechnung „Sicherheitszusagen (Großbritanniens) gegen Abrüstung (Frankreichs bzw. deutsche Nachrüstung)“ nicht aufging²⁸, desto mehr wurde Sicherheit zu einer Frage, wer das Wetttrüsten mit dem Dritten Reich aufnehmen und durchstehen könne. Den Test, alle mit einem Rüstungswettlauf verbundenen Risiken für Wirtschaft, Gesellschaft und politische Legitimität aushalten zu können, trauten die britischen Machteliten ihrem Land zu, nicht aber Frankreich²⁹: Die französische Umrüstung seit 1934 litt unter stärkeren Handicaps als die britische Aufrüstung; sie unterwarf sich zwar ähnlichen Leitsätzen wie die britische Rüstungspolitik – *sound finance* – in Erwartung eines langen Kriegs, bedurfte zur Umsetzung und Durchführung der Rüstungspläne (Februar und September 1936, vor allem Februar/März 1937) jedoch britischer Finanzierungshilfen³⁰.

Da Großbritannien als Führer im System-Konflikt³¹ mit dem Dritten Reich aufträte, leiteten Regierung, Militärs und Diplomaten Großbritanniens daraus die Berechtigung ab, Frankreich zu bevormunden und zu beurteilen, ob die Gesprächskontakte erschöpft seien oder ein weiterer Anlauf gemacht werden müsse, bevor man zulasse, daß die Waffen sprechen. Die Botschaft war klar: Paris solle nicht so tun, als ob es sich zur Wehr setzen würde, sondern abwarten, wie sich die britische Appeasement-Initiative entfalte.

²⁷ „Verlängerte *Low Countries*“ im Sinne der Baldwin-Erklärung: Weil es gegen einen Bomber-Angriff keine Verteidigung gebe („the bomber will always get through“), müsse Großbritannien den Rhein als Grenze seines Sanktuariums begreifen.

²⁸ S. die Gegenüberstellung der Argumente in Tabelle 1.

²⁹ Frankreich war in den Krisen der 1930er Jahre nicht handlungsfähig, weil eine Übergangs- oder eine bloß amtierende Regierung kein „Mandat“ für „Präventivaktionen“ hatte; die Regierungskrisen spiegelten die Konflikte in der Haushalts-, Arbeitsmarkt-, Finanz-, Wirtschaftspolitik wider.

³⁰ *Anthony Adamthwaite*, *Grandeur & Misery. France's Bid for Power in Europe 1914–1940* (London 1995) 144 ff.; *Martin Thomas*, *Britain, France and Appeasement. Anglo-French Relations in the Popular Front Era* (Oxford 1996) 35, 69 ff., 140 ff., 206 ff., 222.

³¹ Den Zusammenhang zwischen „politischem System (Großbritanniens) auf dem Teststand“ und der Scharnierfunktion zwischen Rüstungspolitik und Appeasement sowie der Verwischung der Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik unter dieser Konstellation habe ich in „England in der Krise“ (Opladen 1981) bzw. *The Politics and Economics of British Appeasement* (Leamington Spa 1986) abgehandelt.

5) Die Transformation in eine europäische Macht fiel Großbritannien selbst nach 1948/49 unter den erheblich verbesserten Rahmenbedingungen der doppelten Westintegration der Bundesrepublik in E(W)G und NATO schwer; das Arrangement mit der *Bonn(e) Entente*, wie von Bonn und Paris erwartet, steht immer noch aus³². In der Zwischenkriegszeit erkannte London zwar die Verpflichtung an, Frankreich für das Entgegenkommen an britische Kernforderungen in der Deutschland- und Europapolitik – keine „Strafaktion“-Alleingänge im Westen; keine unauthorisierte Militärhilfe an östliche Verbündete – zu entschädigen, entledigte sich dieser Aufgabe aber nicht durch besondere Rücksichtnahme auf französische Vorschläge für Ersatzlösungen. Als Ersatz für die Rheinlandräumung, für den Verzicht auf „Einkreisung“ Deutschlands durch bilaterale Militärpakte mit Polen oder Rumänien und für Vorsprünge im Rüstungsstand legten Briand, Tardieu und Barthou verschiedene Varianten internationaler Netzwerke vor, in die Deutschland eingebunden werden sollte. In einigen Fällen – so Briands Plan für eine Europa-Union – hatte London den Eindruck, als ob Europa mit Deutschland, aber ohne England organisiert werden sollte; im Fall der *international peace-keeping force* (Tardieu-Plan vom Februar 1932; Barthou/Doumergue-Plan 1934) befürchtete London, als *lender of last resort* die Zeche zahlen zu müssen. Gegen die Kräfte, die Frankreich direkt oder indirekt (so N. Chamberlain 1934 über eine „west“-regional-konzentrierte *collectively balanced force*) neue Garantien gewähren wollten, setzten sich (im Vorfeld der Londoner Konferenz Anfang 1935 und – entscheidend – im November 1935–März 1936) auf britischer Seite die Befürworter eines *bargaining* durch: Die Lockangebote, um Hitler zum Stillhalten zu bewegen, sollten aus französischer Tasche kommen.

II. Inwiefern und wann hat Großbritannien französische Sicherheitsbelange aufs Spiel gesetzt?

Die Liste der Vorhaltungen, die der britischen Appeasement-Politik gemacht wurden, und die Repliken von amtlicher Seite bestimmen noch heute die Diskussion, wer im Kampf gegen den Aufstieg des Dritten Reiches versagte; die wichtigsten Argumente lassen sich wie folgt gegenüberstellen:

³² Bekanntlich argumentierten die Befürworter eines britischen E(W)G-Beitritts, daß Bonn und Paris der britischen Mitwirkung bedürften, um den Ausbruch eines Konflikts um die Hegemonie zwischen ihnen zu verhindern. London hatte zwar (1949–1954) eine wichtige Vorleistung für die Restrukturierung des ‚freien‘ Europa erbracht, nämlich die Stationierung von zeitweilig 4 Divisionen in Deutschland, doch entwertete Großbritannien diesen Sicherheitsbeitrag auf vielfältige Weise – durch den Ruf nach *money* (Devisenausgleich / *offset*); durch die „Ausdünnung“ der Rheinarmee (BAOR) für Einsätze in Zypern, Nordirland etc.; durch die „Abwertung“ konventioneller Streitkräfte zugunsten der *independent nuclear strategic force*.

Eintragungen ins „Sündenregister“	Amtliche Replik
<p>① Die Beschränkung der militärischen Unterstützungsbereitschaft auf Flandern und auf Frankreich kam einer Politik der freien Hand für Hitler in Ost-Mittel-Europa gleich.</p>	<p>① Man habe schon 1926 gewarnt, wie schwierig es sein würde, auch nur die Locarno-Verpflichtungen militärisch einzulösen; darüber hinausgehende Sicherheitsexporte habe faktisch auch Frankreich nicht vorgesehen.</p>
<p>② Eine förmliche Allianz mit Frankreich – einschließlich der Bereitschaft zu genuinen Stabsgesprächen – wäre die einzig richtige Antwort auf den Versuch Hitlers gewesen, Frankreich zu isolieren. Die Allianz ist die notwendige Antwort auf die Serie deutscher Vertragsbrüche; sie ist die „Strafe“ für Hitlers „insincerity“. London schuldet Paris die Allianz als Kompensation für die ‚Opfer‘, die Frankreich in der Sache (Teil V des Versailler Vertrags; demilitarisierte Rheinzone etc.) erbracht habe.</p>	<p>② Die Militärallianz hatte Frankreich lediglich in seiner Intransigenz bestärkt; London hätte damit eine französische Sicherheitspolitik sanktioniert, die es für „fundamentally defective“ hielt. Hitler biete als Alternative zu „mutual assistance“-Verträgen den Abschluß von Nicht-Angriffsverträgen; man solle ihn beim Wort nehmen – je nach Ausgang des Tests wisse man, ob eine „deutsche Gefahr“ bestehe oder nicht.</p>
<p>③ Mit dem Widerstand gegen eine gemeinsame Garantie-Zusage an Belgien (weil das britisch-französische Stabsgespräche involviert hätte) habe Großbritannien Belgiens Abdriften in die Neutralität beschleunigt und Frankreich um eine wichtige Partnerschaft gebracht.</p>	<p>③ Ließe man sich auf Stabsgespräche ein, würde der Partner einen Einblick in die militärischen Defizite erhalten; die britischen Vertreter hätten in den Stabsgesprächen 1935 einen verheerenden Eindruck von den Mängeln auf französischer Seite erhalten – die französischen Vertreter würden ihre Vorbehalte gegen den Bündniswert Großbritanniens bestätigt finden und ‚nun erst recht‘ die Revitalisierung der „ties“ mit Polen und die Verklammerung dieses Militärpaktes mit der Kleinen Entente betreiben, deren Partner zuvor von Frankreich zum Abschluß von Beistandspakten zwecks Sicherung der Tschechoslowakei gedrängt würden.</p>
<p>④ Die französische These der „Unteilbarkeit des Friedens“ gründe auf dem Sachverhalt, daß Frankreich andernfalls auf den Status einer „second class power“ herabsinke; damit werde die deutsche Hegemonie über Europa sanktioniert; Großbritannien schade sich selbst, weil es ohne Rückhalt an einem in Ost-Mitteleuropa einflußreichen Frankreich keine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Rahmenbedingungen für „Sicherheit auf dem Kontinent“ habe.</p>	<p>④ Die britische Konzessionsbereitschaft an die ‚Achsen‘mächte sei die Antwort auf Frankreichs Unzuverlässigkeit und Paktieren mit dem Kommunismus (Hoare; Hankey; Chatfield). Man müsse Paris auffordern, den Pakt mit der UdSSR aufzugeben (Halifax, Chamberlain, 10.III.1937). Frankreich selbst suche eine Alternative zum französisch-russischen Pakt für die Bildung einer zweiten Front, doch sei diese Option (Frankreich-Polen-Kleine Entente) wenig realistisch und erschwere den Gang der Sondierungen mit Deutschland.</p>

Eintragungen ins „Sündenregister“	Amtliche Replik
⑤ Für Frankreich seien der ‚good will‘ Italiens und der Sowjetunion wichtige Stützpfiler (pivots) der strategischen Balance in Ost-Mittel-Europa.	„The French would fight for nothing except their own soil“ (Chatfield), warum solle sich dann Großbritannien für die Verteidigung der Integrität der Tschechoslowakei exponieren? „Europe must work out its own solution in that quarter“ (Chatfield)
⑥ Mit dem Flottenabkommen mit Deutschland und mit dem Gentleman's Agreement mit Italien (April 1938) habe England nicht das ‚Gegenlager‘ geschwächt, sondern die Entente mit Frankreich strapaziert.	⑤ Die französisch-italienische Aussöhnung scheitert am französischen Insistieren auf Befolgung der Grundsätze der Völkerbundsakte.
⑦ Mit der Aufforderung an Frankreich, um des ‚Friedens‘ willen die deutschen Revisionsbegehren zu erfüllen, verschlechtere Großbritannien die Abwehrmöglichkeiten der ‚Friedensmächte‘ gegenüber abschbaren weiteren deutschen Aggressionen.	⑥ London könne nicht abwarten, bis Frankreich sich dazu durchringe, unbequeme Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und dennoch zu versuchen, das Beste aus der Situation zu machen. „After Japan took the offensive against China in July 1937, the long-stressed importance of the Suez route became still more apparent. ... It was irritating (to Chatfield) to contemplate the security of Egypt being undermined because of French hostility to Italian activities in Spain.“ ⑦ Auch die Verlängerung des ‚no-war‘-Zustands sei eine lohnenswerte Aufgabe.

Quelle: *Martin Thomas, Britain, France and Appeasement (Oxford 1996)*

Eine deutsche Bedrohung antizipierend, waren die entscheidenden Fragen:

1) Wie könne man einen Kollaps Frankreichs bei einem deutschen Angriff verhindern?

2) Wer könne eine zweite Front bilden, und wie könne man sie halten?

Zunächst jedoch einige Hinweise zur allgemeinen Disposition im britisch-französischen Sicherheitsdialog:

Das Kräfteverhältnis lag – laut britischer Einschätzung – im ersten Fall (Westfront) grundsätzlich anders als im zweiten (Ostfront): Im Hinblick auf eine zweite Front gegen Deutschland konvergierten die Widerstände (a) der britischen Politik gegen eine Ost-Locarno-Garantie und (b) des französischen Militärs gegen *rapid deployment forces* zu einer schwer korrigierbaren Konstellation. Während die „Diplomatie“ der französischen Militärs und die Strategie-Konzeption der britischen Diplomatie sich hinsichtlich ihrer Auswirkungen ergänzten, divergierten die Motivationen: Aus der Sicht der französischen Militärs war es wünschenswert, wenn der Konflikt in Mittel-Osteuropa ausbräche, „so that we could act as a se-

condary force against a Germany already engaged“ (Gamelin). „By attempting to fight the war elsewhere, (Gamelin) made it impossible to fight at all.“³³ Demgegenüber hielt London sich an der deutschen Ostfront selbst in der Frühphase eines gemeinsamen französisch-britischen Militäreinsatzes im Vergleich zu den deutschen Operationsmöglichkeiten für hoffnungslos unterlegen, zumal man eigene Luftwaffenangriffe ausschloß.

Frankreich und Großbritannien könnten die Tschechoslowakei, die militärisch nicht verteidigt werden könne, nur nach langwierigen Kampfhandlungen und unter hohem Einsatz befreien; auf die ersten Anzeichen einer Intervention würde Hitler jedoch mit einem Bombenangriff auf das Inselreich reagieren, das seine Luftabwehr noch nicht organisiert habe; außerdem würden Italien und Japan sich die Gunst der Stunde nicht entgehen lassen³⁴. Die von britischer Seite vorgebrachten strategischen Argumente machten deutlich, daß die britischen Prioritäten unverändert fortgelten sollten; trotz französischer Mahnungen, endlich die fortschreitend sich verschlechternde Kräfteverteilung auf dem Kontinent zur Kenntnis zu nehmen, kehrte man zur eigenen Tagesordnung zurück. Chamberlain und Halifax hielten es nicht für nötig, ihre politischen Beweggründe zu kaschieren. „France had been told over and over again that we could and would not enter into any fresh commitments. ... Because France would be shocked was no reason why we should refrain from pursuing a policy of the correctness of which we were fully satisfied. ... His impression was that the French ... were delighted in vain words and protestations.“³⁵

An der Westfront fühlte man sich zwar vergleichsweise sicher, antizipierte jedoch unterschiedliche Bedrohungen. London meinte, eine rasche Invasion des kontinentalen Sicherheitsglacis wäre dank französischer Vorkehrungsmaßnahmen eher unwahrscheinlich; hingegen würde ein deutscher Erstschlag (Bomber-Invasion), gegen das Inselreich gerichtet, England durchaus einen *knock-out blow* versetzen können – in jedem Fall schien Großbritannien in einer solchen Situation ganz auf sich gestellt³⁶. Man muß einfügen, daß die britische Bedrohungsvorstellung sehr eigenwillig war. Bis 1938 lag das Schwergewicht der deutschen Aufrüstung auf der Wehrmacht; die Luftwaffe hatte eine unterstützende Funktion. Erst 1938 begann Göring mit dem beschleunigten Aufbau einer Offensiv-Luftwaffe,

³³ Adamthwaite, *Grandeur* 204; ausführlich: Nicole Jordan, *The Popular Front and Central Europe: The Dilemmas of French Impotence, 1918–1940* (Cambridge 1992).

³⁴ N. Chamberlain unter bezug auf den Bericht der *Chiefs of Staff*, Kabinettsitzung vom 22. März 1938, cf. R. A. C. Parker, *Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of the Second World War* (London 1993) 137 f., 281 ff., 286 ff.

³⁵ Halifax, 21. März 1938, Foreign Policy Committee, cf. Parker, *Chamberlain* 137.

³⁶ Zur These, daß Großbritannien ohne *reliable allies* (Frankreich; USA; Sowjetunion) sei und daher auf eigene Abwehrkräfte setzen müsse, s. England in der Krise, Kap. II; zur Situation 1939 s. Sidney Aster, „Guilty Men“: The Case of Neville Chamberlain, in: Robert Boyce, E. M. Robertson (eds.), *Paths to War: New Essays on the Origins of the Second World War* (London 1989) 242 ff. Die Möglichkeit, Abfangjäger in Belgien oder Nordfrankreich zu dislozieren und so die Abwehrfront nach vorn zu verlegen, zeichnete sich aus technischen Gründen erst für 1940 ab.

während Hitler gleichzeitig anordnete, daß das Heer seine volle Kampfkraft ein Jahr früher als nach dem Vierjahres-Plan erreichen sollte³⁷. Die erste Gefahr drohte (bis 1938/39) Frankreich und weniger Großbritannien.

Halten wir uns an das britische Kalkül, so bedeutete der Faktor „Zeit“ zweierlei: (a) Bei einem deutschen Luftangriff mußte die englische Abwehrkraft voll entwickelt sein; (b) mit Blick auf Frankreich sah man ein späteres britisches Eingreifen ins Kriegsgeschehen dagegen als vertretbar an, weil der auf Verteidigung vorbereitete Partner eine Pause erzwingen könne. Großbritannien vertraute tatsächlich darauf, daß Frankreichs Verteidigungsfähigkeit ausreiche, um dem deutschen Angreifer abschreckend hohe Kosten zu verursachen (*the British will fight to the last French soldier*). Großbritannien könne und müsse seine Anstrengungen daher darauf richten, ähnliches für den Fall eines Luft-Blitzkriegs gegen England zu erreichen³⁸. Fiele England, bräche auch Frankreichs Widerstandskraft zusammen. Bei ersten deutschen Durchbrüchen an der Westfront wäre hingegen noch nicht alles entschieden – entscheidend war, ob Frankreich und Großbritannien die Zeitphase richtig berechneten, innerhalb derer britisches Eingreifen Entlastung und die Wende bringen könne.

So gesehen, gebührte auf britischer Seite den Investitionen in die See- und Luftstreitkräfte die höchste Priorität, während die Bereitstellung und Schulung einer *Expeditionary Force* von nachrangiger Bedeutung war. Auf französischer Seite teilten einige Akteure die für die britische Sicherheitspolitik maßgebliche Überzeugung³⁹, daß die französische Armee die Überlegenheit der Verteidigung gegenüber dem Angriff werde demonstrieren können⁴⁰, doch erwarteten sie, dank britischer Festlegungen auf bestimmte Aufgaben mehr Planungssicherheit zu erhalten. Diese Rückversicherung wurde Frankreich vorenthalten; Hankey, Chatfield, Ismay u. a. befürchteten, daß Frankreich eine frühzeitige britische Bereitschaftserklärung „mißbrauchen“ würde, um Kosten auf Großbritannien abzuwälzen, statt selbst mehr zur Sicherung des Verbindungsstücks zwischen dem Endpunkt des Maginotwalles und den für die sichere Landung britischer Entsatzstreitkräfte in Betracht kommenden Häfen zu tun; aus diesem Grunde organi-

³⁷ Michael Geyer, *Deutsche Rüstungspolitik 1860–1940* (Frankfurt a.M. 1984) 146 ff. Eine zweite, von Gerhard L. Weinberg und Andreas Hillgruber entwickelte Argumentationskette besagt, daß die USA für Hitler der eigentliche Hauptfeind gewesen seien; Hitler habe mehr oder weniger der Illusion angehangen, daß Großbritannien in die Lage versetzt werden könne, in der es bei den deutschen Machthabern um einen Frieden nachsuchen müßte.

³⁸ „Ismay linked the inability to win quick victories on land with the possibility that Germany might try to level a knockout blow against Britain“, Ismay, September 1936, cf. George Peden, *British Rearmament and the Treasury* (Edinburgh 1979) 126; Christensen, *Perceptions* 85.

³⁹ „British leaders ... believed that defensive advantages would strongly reduce the importance of those power gaps“, Christensen, *Perceptions* 84, 88 ff.; Michael E. Howard, *The Continental Commitment: The Dilemma of British Defence Policy in the Era of the Two World Wars* (London 1972) 123 (betr. Ismay, Sept. 1936 und Sept. 1938.); Thomas, *Britain*, Kapitel 6.

⁴⁰ E. M. Gates, *End of the Affair: The Collapse of the Anglo-French Alliance, 1939–40* (London 1981) 26–36.

sierte die Kerngruppe des CID-Systems den Widerstand gegen genuine Stabsgespräche.

Erst die Furcht, daß Frankreich – nach „München“ – bestrebt sein könnte, den deutschen Aggressor durch Beschwichtigungsmanöver von sich abzulenken und damit die Verteidigungspflichten in der westlichen Schicksalsgemeinschaft vernachlässigen würde, bewirkte ein Einschwenken der Regierungsspitze und der *Chiefs of Staff* auf die bis dato unterlegene Position der Kriegsminister (Duff Cooper, Hore-Belisha): Großbritannien müsse rechtzeitig und in angemessener Stärke zur „continental defense“ bereit (und auf dem Kontinent präsent) sein, damit Frankreich die ihm anvertrauten Sicherungsfunktionen erfolgreich erfüllen könne⁴¹.

1) Was mußte Großbritannien tun, um einen Kollaps Frankreichs zu verhindern?

Appeaser und Anti-Appeaser auf britischer Seite setzten gleichermaßen voraus, daß die den französischen Verteidigungsmaßnahmen zugrundeliegenden Annahmen richtig seien: Der Maginotwall erhöhe nicht nur die Chancen des Verteidigers gegenüber dem Angreifer, sondern verschaffe den französischen Streitkräften auch die Flexibilität, dem deutschen Angreifer im Falle eines Umgehungsmanövers über Belgien rechtzeitig ausreichende Abwehrmacht entgegenzuwerfen⁴². Freilich: Genauer wissen wollten es die Briten für lange Zeit (1932–38) nicht. Stabsgespräche für den Bereich der Landstreitkräfte, die entsprechende Kenntnisse ergeben hätten, wies die britische Seite von sich⁴³; die Befürchtung, mit konkreten französischen Forderungen nach Übernahme bestimmter Aufgaben (Frontabschnitte) konfrontiert zu werden oder jedenfalls in den Sog von Bündniszusagen zu geraten, wog schwerer als die Sorge, die Frontlinie des Verbündeten könnte einbrechen, was Deutschland den Weg zum Ärmelkanal freigeben würde. Dabei hätten die britische Kritik an den Unzulänglichkeiten der französischen Luftwaffe und der französische Wunsch, London möge etwas zur Verstärkung der Luftunterstützung der französischen Heeresmacht beisteuern, die Schwachpunkte aufdecken können, an denen Handlungsbedarf auch auf britischer Seite bestand. Großbritannien hätte – bei realistischer Einschätzung der Wiederaufrüstung des Hitler-Reichs vor 1938 – dem französischen Partner durchaus mehr bieten können als die stillschweigende Annahme, daß nämlich England eine Niederlage Frankreichs nicht zulassen werde.

⁴¹ Parker, Chamberlain 286ff.; Anthony Adamthwaite, *France and the Coming of the Second World War* (London 1977) 253; zu den CID-Meetings und Memoranden Februar-März 1939 s. Wark, *Intelligence* 215ff., sowie Watt, *War*, Kap. VI.

⁴² „Britain seemed reassured that the French troops freed up by the Maginot Line would allow for sufficiently high troop concentrations both in northern France and in the south, facing Italy“, s. Record of Inskip-Gamelin Meeting, 26 Sept. 1938, FO 371/ 21782, file 10722/ 18.

⁴³ Das schloß nicht aus, daß die in den Planungsausschüssen federführenden Generale sich mit ihrem französischen Gegenüber trafen und Inspektionen vor Ort durchführten.

2) *Welche Chance bestand, daß Frankreich und seine östlichen Verbündeten sich wechselseitig vom deutschen Druck entlasten konnten?*

Es schien offensichtlich zu sein, daß Frankreich die europäische Nachkriegsordnung gegen forcierten deutschen, italienischen und ungarischen „Revisionismus“ nicht würde aufrechterhalten können. Frankreichs Pakt- und Entente-Partner hatten nach Locarno ihre eigenen Schlüsse über die Zuverlässigkeit der französischen Garantie für ihre Sicherheit gezogen⁴⁴; Polen, Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei sahen wenig Grund, bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegeneinander und gegenüber anderen Nachbarn (Ungarn, Bulgarien) auf französische Wunschvorstellungen einer Verkettung zwischen den Ententen Rücksicht zu nehmen⁴⁵. Je weniger Frankreich die Militärhilfe-Leistungen fortsetzte und, von der Weltwirtschaftskrise verspätet betroffen, einen Absatzmarkt für die Überschußproduktion der neuen Staaten in Zwischeneuropa bieten konnte, desto mehr gerieten Jugoslawien, Polen, Rumänien, selbst die Tschechoslowakei in Versuchung, ihr Glück im Gegeneinanderausspielen deutscher, italienischer und französischer Einflußzonen-Offerten zu suchen⁴⁶ oder in den Wettlauf um die Gunst Berlins einzutreten.

Seit Mitte der 1930er Jahre hatte Frankreich Schwierigkeiten, das ein Jahrzehnt vorher im Interesse an einer zweiten Front ausgebildete Schutzmacht-Niveau einzuhalten; daher kam es darauf an, was Großbritannien unternahm. War London bereit, das Sicherheitsniveau anzuheben (z. B. auf ein dem französischen Drängen entsprechendes Ost-Locarno?), oder suchte es die Position Frankreichs als Ordnungsmacht in Zwischeneuropa herabzustufen?

Man sollte unterscheiden zwischen der britischen Reaktion auf die hektischen, einander widersprechenden Bemühungen in einer ersten Phase 1934–1936 (Barthou, Laval) und der britischen Reaktion auf die direkten Interventionen ost-mittel-europäischer Repräsentanten in London selbst in der Phase 1936–38, als Frankreich mit den Problemen des Bürgerkriegs im benachbarten Spanien sowie mit den Sanierungsaufgaben in der Finanz-, Arbeitsmarkt- und Rüstungspolitik beschäftigt war.

In der ersten Phase wehrte sich die britische Diplomatie gegen die Tendenz, einerseits von Barthou und Laval als nachrangige Größe ‚abgehakt‘ zu werden,

⁴⁴ „The French alliance system always amounted to less than the sum of its parts“, *Thomas, Britain* 13; „Locarno confirmed the deadlock of French policy. ... The deadlock could only have been ended in one of three ways. ... [after Locarno] France followed the third path [disengagement from eastern Europe]. ... Locarno, by excluding eastern Europe from the guarantee, destabilized France's position“, *Adamthwaite, Grandeur* 121.

⁴⁵ Für den Zeitraum 1925–1934 s. *Adamthwaite, Grandeur*; für die Phase 1934–36 s. *Rostow, Relations*; für 1936–38 s. *Thomas, Britain*.

⁴⁶ *Thomas, Britain* 60ff.; Schacht gelang es im Herbst 1936, „arms-for-primary products-Arrangements“ abzuschließen, vor allem mit Jugoslawien, dem kritischen Partner bei den Versuchen Frankreichs, die Kleine Entente und die französisch-italienischen Beziehungen aufeinander abzustimmen.

andererseits aber mit den Folgen des Versuchs leben zu müssen, Großbritannien genauso wie Deutschland mit vollendeten Tatsachen zu konfrontieren.

In der zweiten Phase – von der Rheinlandkrise 1936 bis zur Anschlußkrise 1938 – eröffnete die Pause im deutschen Krisen-Anzetteln die Perspektive, auf dem Weg von Verhandlungen über *economic and/or colonial appeasement* die Rüstungsdynamik abbremsen und der deutschen ökonomischen Durchdringung Ost-Mitteleuropas eine Art Öffnungsklausel unterlegen zu können. Die britische Politik setzte also zum einen darauf, durch Verständigungsdiplomatie auf die Kräfte-Balance im Dritten Reich einwirken und dabei das Aggressions-Potential entschärfen zu können. Das war aber nur eine Seite des Problems. Aufgrund der Schwächeperiode Frankreichs und der direkten Appelle Rumäniens u.a. an Großbritannien ging es um Flankenschutz unter zwei Aspekten. Die erste Pflicht, Frankreich Flankenschutz bei der Abwehr von Finanzkrisen zu gewähren, erfüllte Großbritannien mehrfach und in kurzen Abständen⁴⁷; die Kredithilfen dienten zugleich dem Zweck, die französischen Nachrüstungs-Vorhaben auf den Weg zu bringen. Die zweite Aufgabe, die weltweite Erholung der Rohstoffpreise zu nutzen, um die Verhandlungsmacht der Anbieter, auch der Länder OM- und SO-Europas, gegenüber den Aufkäufern, vor allem Deutschland, zu verbessern, wurde auf britischer Seite zwar erkannt, verblieb aber im Schatten der amerikanisch-britisch-französischen Finanzverhandlungen und der komplizierten amerikanisch-britisch-kanadischen Handelsgespräche.

Vor 1939 gab es zur britischen Bereitschaft, sich in ökonomischen Fragen als Fürsprecher der Interessen Dritter zu engagieren, kein sicherheitsstrategisches Gegenstück. Es war leichter, anhand ökonomischer Gesprächsthemen zu demonstrieren, daß England dem Dritten Reich keineswegs ‚freie Hand im Osten‘ zugestehen wollte, als Sicherheitsgarantien auszusprechen, die eine Verpflichtung zur Verteidigung der Integrität der neuen Staaten in Ost-Mittel- und Südost-Europa sowie das Gebot der Feinabstimmung mit Frankreich als Vertragspartner jener Staaten nach sich ziehen mußte. Unter dem Einfluß der im CID-System maßgeblichen Ratgeber – Hankey; Chatfield; W. Fisher; Cadogan – bekräftigten die Regierungen das Tabu: Kein Ostlocarno; kein Fingerzeig für militärische Hilfsaktionen in Mitteleuropa.

Das hing nicht nur damit zusammen, daß man nunmehr auch die Sowjetunion – aufgrund der Konsultationsverpflichtungen, die Frankreich und die Tschechoslowakei 1935/36 eingegangen waren – hätte hinzuziehen müssen; vielmehr wuchsen die Zweifel, ob Frankreich über die militärischen Mittel, vor allem Luftstreitkräfte, verfügte, die zur Einlösung der Sicherheitsgarantie erforderlich schienen. Rüstungspolitisch machte Frankreich 1936/39 eine Durststrecke durch, während die britische Politik im Winter 1935/36 als Zielpunkt Parität mit Deutschland in der Rüstungskapazität 1939 anpeilte. Der politische Führungszirkel, vor allem N. Chamberlain, und die *Chiefs of Staff* machten der britischen Diplomatie zur Auf-

⁴⁷ Thomas, Britain 35 (Februar 1936), 69ff. (September 1936), 206ff. (Februar/März 1937), 222.

lage, keine „Feinde“ in dem Zeitraum zu machen, den man benötigte, um die Folgen der *Ten-Years-Rule* zu überwinden.

Schlußfolgerungen

Den französischen Politikern und Militärs blieb nicht verborgen, daß der Verlust der finanziellen und militärischen Überlegenheit, die man im Zeitraum 1926/27–1933/34 besessen hatte, Konsequenzen mit sich brachte: Frankreich war in dem Sinne isoliert, daß es in Krisen nicht auf uneigennützige Unterstützung Dritter rechnen konnte⁴⁸; um so unvermeidlicher erschien es, sich auf Großbritannien zuzubewegen – anderenfalls drohte der Abstieg zu einer *second-class power with no finance and no friends*⁴⁹. Die Alternative, den Draht nach Berlin zu suchen, versprach wenig, weil Hitler französische (Laval, Blum) Appeasement-Offerten nicht aufgriff. Ziel der deutschen Politik, so sah man es auch in London, war die Isolierung Frankreichs. Die britische Politik erkannte durchaus, daß die Verteidigung des Großmachtstatus Frankreichs zugleich der Verteidigung der britischen Position in der europäischen Politik diene; verlöre Frankreich im Vergleich zu Deutschland, hätte auch London in Europa nicht viel zu melden. Die französische Ostpolitik machte es allerdings Großbritannien nicht leicht, die von Frankreich gewünschten Zusagen zu gewähren. Doch war die Befürchtung übertrieben, daß eine Einbindung Großbritanniens in ein Frankreich-zentriertes europäisches Sicherheitssystem von den Partnern als Einladung zu einer Abenteuerpolitik mißbraucht würde. Wenn London nicht wollte, daß Frankreich sich Verbündete zulegte, von denen es auf die schiefe Bahn gezogen werden könnte, hätte es nahegelegen, Frankreich so zu stützen, daß es auf zweifelhafte Verbündete verzichten konnte. Den Protest Hitler-Deutschlands gegen eine britische Luftpaktgarantie für Frankreich hätte London ertragen können; der Effekt auf Frankreich wäre nicht zu unterschätzen gewesen. Die Sicherheit in Europa hing davon ab, daß Großbritannien und Frankreich ihren unausgesprochenen Minimalkonsens in offene Absprachen übersetzten: Je mehr deutlich wurde, daß Hitlers Gewaltdrohungen und Gewalteininsatz bezweckten, nicht nur die fragile Ordnung zu zerstören, sondern den Eindruck zu erwecken, als bedeute das Nicht-Handeln der status quo-Mächte die Resignation gegenüber dem deutschen Machtwort, desto wichtiger wurde es, daß Frankreich und Großbritannien einander glaubwürdig versicherten, daß jeder seinen Teil dazu beitragen werde, die stillschweigenden Voraussetzungen der Schicksalsgemeinschaft zu erfüllen. In den Jahren 1935–38 traute Großbritannien dem französischen Partner nicht viel zu und agierte, als ob

⁴⁸ Barthou und Laval suchten das durch Aktivierung der Verhandlungen mit den Vertragspartnern in Ost-Mitteleuropa und durch Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion zu kaschieren; für Flandin, Blum/Delbos und Daladier/Bonnet ist der Draht nach London zentral.

⁴⁹ Außenminister Anthony Eden, 26. November 1935, cf. *Rostow*, Britain 231.

es sich nur noch auf sich selbst verlassen könne. Erst als man befürchtete, Frankreich könne ‚kippen‘, raffte Großbritannien sich dazu auf, die Sicherheitsgarantien zu geben, um Frankreichs Großmachtstatus zu retten.